

## Winfried Wolf

### Referat auf der Konferenz „1968 – Eine globale Revolte und ihre Bilanz“

Veranstalter: Bildungsgemeinschaft SALZ e.V. in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mitveranstalter: Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, MASCH Hamburg (Marxistische Abendschule), sowie die Zeitungen und Zeitschriften ‚junge Welt‘, ‚Lunapark 21‘, ‚Marxistische Blätter‘, ‚scharf-links‘, ‚SoZ‘ - Sozialistische Zeitung, ‚UZ‘ – unsere Zeit, ‚avanti‘.

Als Beitrag zum Diskussionsschwerpunkt

„1968: Der globale Charakter der Revolte – Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der 1968er“

liegen uns zur Zeit ersatzweise die Artikel

- **„Das Unmögliche versuchen  
Chiffre 68. Eine globale Revolte und ihre Bilanz (Teil 1)“ (Winfried Wolf)**
- **„Die Massen bewegen  
Chiffre 68. Eine globale Revolte und ihre Bilanz (Teil 2 und Schluß)“ (Winfried Wolf)**

aus: ‚junge Welt‘, 25.06.2008, S.10 – W. Wolf: Das Unmögliche versuchen...

sowie: ‚junge Welt‘, 26.06.2008, S.10 – W. Wolf: Die Massenbewegen...

zum Themenblock II, „Die Bewegung und ihre Formen“, vor.

Der Beitrag wird ausgetauscht, so bald uns der aktuelle Text zum Referat der Gütersloher Konferenz vorliegt.

Gütersloh, 6. – 7. September 2008, „Die Weberei“, Bogenstraße 1-8, Raum: „Atelier“.

---

## Winfried Wolf

### Das Unmögliche versuchen

#### Chiffre 68. Eine globale Revolte und ihre Bilanz (Teil 1)

**aus: ‚junge Welt‘, 25.06.2008, S. 10**

**vgl.: <http://www.jungewelt.de/2008/06-25/013.php>**

Daniel Cohn-Bendit war vor vierzig Jahren der bekannteste Sprecher des französischen »Mai 1968«. Heute signalisiert er im Blick zurück Entwarnung: »1968 ist vorbei! Es ist begraben unter Pflastersteinen, selbst wenn diese Pflastersteine Geschichte geschrieben haben und zu einem radikalen Wandel in unserer Gesellschaft geführt haben. 1968 setzte den revolutionären Mythen ein Ende.« Cohn-Bendit sieht die Bedeutung der 1968er Ereignisse vor allem in einem »Wandel«, der »die traditionelle Kultur«, den »Einfluß des Moralismus und die gesellschaftliche Hierarchie« betroffen habe. Nicht zu leugnen sei »das Erdbeben«, das 1968 ausgelöst habe, allerdings durch »unsere vorsintflutlichen Vorstellungen von Gesellschaft, Moral und Staat«. Wichtig ist für ihn heute, daß aus 1968 keine relevanten Lehren für das gegenwärtige Handeln abzuleiten seien: »Überlassen wir es also den neuen Generationen, ihre eigenen Schlachten zu schlagen und ihre eigenen Wünsche zu definieren.«<sup>1</sup> – Solch ein Deckel-drauf-Artikel wird auch deshalb sechs Spalten breit in der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung wiedergegeben, weil damit die geschichtliche Bedeutung von 1968 bagatellisiert wird.

Tatsächlich läßt sich der Charakter der 1968er Ereignisse nicht auf einen »Wandel« bezogen auf Kultur, Moral und Hierarchien reduzieren. In diesem Jahr kam es vielmehr zu einer globalen antikapitalistischen, antiimperialistischen und bürokratiekritischen Revolte, die die Basis für spätere emanzipatorische Bewegungen – etwa die feministische Bewegung, die Schwulen- und Lesbenbewegung und die

ökologischen Bewegungen - lieferte.

Sodann waren es nicht Pflastersteine, die Politik gemacht haben, sondern Hunderttausende, überwiegend junge Menschen, die dabei Millionen andere Menschen beeinflusst haben. Auch wenn führende Vertreter der 1968er, so Daniel Cohn-Bendit selbst, die Verführungen, die die Herrschenden den prominenten Überläufern im Überfluß boten, begierig ergriffen haben, so gibt es doch auch heute noch viele Menschen, die damals ein wichtiges Kapitel in der Geschichte des Kampfes für Emanzipation mitgeschrieben haben und die ihren Idealen treu geblieben sind.

Schließlich ist es immer wieder die fatale Geschichtslosigkeit, die neue Niederlagen begünstigt. Die »Schlachten der neuen Generationen«, die Haltung »Ya basta! Es reicht!« und der Ruf »Eine andere Welt ist möglich!« stehen in einer Kontinuität mit den Zielen des Jahres 1968, so wie diese selbst »nur« ein weiterer Meilenstein in einer langen Kette im Kampf für gesellschaftliche Emanzipation waren.

### **Umfang und Akteure**

In den 40-Jahres-Rückblicken werden die 1968er Ereignisse - real geht es meist um den Zeitraum 1967 bis 1969 - auf mehrfache Art und Weise reduziert. So erfolgt fast immer eine geographische Einengung: 1968 in Westdeutschland, in Frankreich oder möglicherweise noch in Westeuropa. Tatsächlich handelte es sich um eine globale Revolte. Sie fand in der »ersten« Welt, in einer großen Zahl der industrialisierten kapitalistischen Staaten statt, so in Westdeutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, in den USA und in Japan. Es gab sie in mehreren Staaten der sogenannten Dritten Welt, so in Mexiko, Brasilien, im Senegal und in Argentinien. Und es gab ein 1968 in einigen nichtkapitalistischen Ländern, in Polen, in der CSSR und in Jugoslawien. Natürlich handelte es sich immer um Ereignisse, die durch nationale und regionale Faktoren geprägt waren. Doch es gab auch Gemeinsamkeiten und eine internationale, wechselseitige Beeinflussung.

Die 1968er Ereignisse werden in der Regel als eine »Studentenrevolte« bezeichnet. Es handelt sich dabei um eine weitere unzulässige Verengung. Selbst eine Charakterisierung als Jugendrevolte ist unzureichend. In Argentinien beispielsweise waren die Akteure zunächst Studierende und dann, bei der aufstandsähnlichen Entwicklung im Mai 1969 in Córdoba, überwiegend Arbeiterinnen und Arbeiter (»Cordobazo«). In den USA wiederum spielte die Bewegung der schwarzen Bevölkerung, überwiegend Lohnabhängige, Landarbeiter, Haushaltshilfen und Arbeitslose, eine wichtige Rolle. Beim Kampf gegen den japanischen Großflughafen spielten schließlich Bäuerinnen und Bauern eine wichtige Rolle. Auf weltweiter Ebene überwog möglicherweise der Anteil der Studierenden und der Auszubildenden. Doch selbst in Frankreich, wo die 1968er Ereignisse fast immer als »Studentenrevolte« bezeichnet werden, dominierte das proletarische Element. Alain Krivine, damals führender Vertreter der Jeunesse Communiste Révolutionnaire (JNR), die sich 1965 aus dem Studentenverband der KPF abgespalten hatte, stellte im Frühjahr 2008 fest: »Der große Unterschied lag darin, daß die Studentenbewegung in Deutschland sehr isoliert von der Arbeiterklasse und der Bevölkerung war. In Frankreich hatten wir eine andere Tradition. (...) In meiner Erinnerung ist nicht so sehr die Studentenbewegung präsent, sondern es sind die zehn Millionen streikenden Arbeiter. Drei Wochen lang hielten sie die Fabriken besetzt, über denen die rote Fahne wehte. (...) Viele Menschen sagten: In unseren imperialistischen Ländern gibt es so was nicht mehr. Aber nun gab es so etwas. Wir haben es gesehen.«<sup>2</sup>

### **Themen und Auswirkungen**

Schließlich gibt es in den aktuellen Rückblicken die Einengung hinsichtlich der Zielsetzungen und Themen dieser Revolte. Am ehesten tauchen noch die Proteste gegen die Hierarchien an den Hochschulen auf. Diese spielten ohne Zweifel eine wichtige Rolle. Doch das Themenspektrum war viel breiter. Oft waren die Proteste gegen Medienmonopole und gegen Repression bedeutender. In Südafrika und in den USA stand die Kritik am Rassismus im Zentrum. In Rio de Janeiro, Brasilien, gingen im April 1968 mehr als 100000 Menschen auf die Straße, was der bis dahin größte Massenprotest gegen die damalige Militärdiktatur war. In Spanien richteten sich die massenhaften Proteste gegen die seit mehr als drei Jahrzehnten herrschende faschistische Diktatur unter General Franco. In Griechenland gab es am 3. November 1968 einen ersten - von Hunderttausenden getragenen - Massenprotest gegen die faschistische Diktatur, die im April 1967 mit der Durchführung eines NATO-Plans

(»Prometheus«) errichtet worden war. Weltweit gab es als einigendes Band die internationale Solidarität gegen den US-Krieg in Vietnam.

Die entscheidende Kraft bezog die globale Revolte jedoch aus der Erwartung von Millionen Menschen, daß es die berechtigte Hoffnung auf einen demokratischen, die Massen überzeugenden Sozialismus geben würde und daß es die Menschen selbst sein würden, die diese tiefgreifenden Veränderungen erkämpfen könnten. Die Vision, die in der CSSR im »Prager Frühling« Millionen mobilisierte, war nicht ein Zurück zu Markt und Kapitalismus (was eine kleine Gruppe der Reformer wollte), sondern die Vorstellung eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Als in Warschau am 22. März 1968 10000 protestierende Studierende einem Ultimatum der Polizei erfolgreich trotzten, stimmten sie spontan die »Internationale« an. Zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichten protestierende Studierende und Lehrkräfte der Philosophischen Fakultät von Belgrad eine Erklärung, in der es hieß: »Wir haben kein eigenes Programm. Unser Programm ist das Programm der fortgeschrittensten Kräfte unserer Gesellschaft – das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) und unsere Verfassung (...) Wir wollen die unmittelbare Umsetzung dieser programmatischen Aussagen in die Praxis.«<sup>3</sup>

Der marxistische Historiker Eric Hobsbawm schrieb im Juni 1968: »Wenn Studenten gegen eine Gesellschaft rebellieren, die ihnen erhebliche Belohnungen verspricht, wenn Arbeiter in spontanen Massenaktionen zum Ausdruck bringen, daß das Leben aus mehr besteht als aus Überstundenverdiensten und Ferien in Palma (de Mallorca), dann sind dies keine rein französischen, sondern offenkundig internationale Phänomene (...) Frankreich beweist: Wenn jemand aufzeigt, daß die Menschen nicht ohnmächtig sind, dann können sie selbst zur Tat schreiten. Vielleicht beweist es noch mehr als das: daß es nur das Gefühl der Machtlosigkeit ist, das viele von uns davon abhält, wie Menschen zu agieren und nicht mehr Zombies zu sein.«

Die Ereignisse der Jahre 1967 bis 1969 wurden weder von marxistischen, noch von bürgerlichen Theoretikern vorhergesehen. Dennoch stellt sich natürlich die Frage: Wenn 1968 eine Art globale Revolte war, sind dann für diese nicht wenigstens im nachhinein (»post festum«) neben den vielfältigen spezifischen, regionalen und nationalen Ursachen auch internationale Faktoren, die zu dem globalen Charakter beitrugen, erkennbar? Schließlich ist es extrem unwahrscheinlich, daß das Zusammenfallen dieser unterschiedlichen Revolten Dutzenden Zufällen zu verdanken ist. Tatsächlich lassen sich im Rückblick vier solche Faktoren herausfiltern.<sup>4</sup>

## **Ökonomie**

1968 fällt weltweit zusammen mit dem Ende einer langen extensiven Phase wirtschaftlichen Wachstums (1948–1965). Das Bruttosozialprodukt pro Kopf hat sich in dieser Periode in Westeuropa, Nordamerika und Australien verdoppelt, in den nichtkapitalistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, in Südeuropa und in Asien lag das Wachstum noch höher (beim Zweieinhalb- bis Dreifachen). So unterschiedlich die Ökonomien vor allem zwischen West und Ost waren, so gab es doch die Gemeinsamkeit, daß der Übergang von einer Phase eines extensiven Wachstums mit relativ geringen Produktivitätsfortschritten bei Einsatz vergleichbarer Technologie in eine Phase intensiven Wachstums mit qualitativ neuer Technologie auf der Tagesordnung stand. Dieser Übergang war mit Krisenerscheinungen, mit Umbrüchen und auch mit großen Hoffnungen verbunden. Der ungarische marxistische Ökonom Franz Jánossy hat dem Thema Anfang der 1970er Jahre ein Buch (»Das Ende der Wirtschaftswunder«) gewidmet. Marcel van der Linden verweist dabei auf »die historische Erfahrung«, wonach »die Endphase von Perioden langen Wachstums oft mit einem intensivierten Klassenkampf einhergeht«. Er führt »drei große internationale Streikwellen« an (1869 bis 1875, 1910 bis 1920, 1968 bis 1974), die »stets am Ende einer langen Periode ökonomischen Wachstums« aufgetreten seien.<sup>5</sup>

## **Neuer Gesamtarbeiter**

Ein zweites gemeinsames Element besteht in dem explosionsartigen Ausbau des Ausbildungs- und universitären Sektors, zu dem es im Zeitraum 1950 bis 1970 kam. Der Anteil der relevanten Altersgruppen an der »tertiären« (universitären) Bildung lag im weltweiten Durchschnitt 1950 bei 1,4 Prozent und im Jahr 1970 bei 5,3 Prozent. Die Zahl der Studierenden als Anteil an den entsprechenden Bevölkerungsgruppen hat sich demnach vervierfacht. Dabei lag diese Steigerung in den reicheren Ländern niedriger; es gab eine Steigerung um das 3,5fache, allerdings von einem Anteil von 2,6 auf 9,2 Prozent, also mit einem jeweils deutlich höheren

Niveau. Diese qualitativen Veränderungen resultierten vor allem aus objektiven Anforderungen der Wirtschaft, die auch mit den beschriebenen ökonomischen Umbrüchen zusammenhingen. Zunehmend wurde die Einbeziehung geistiger Arbeit in den materiellen Arbeitsprozeß eine Voraussetzung für die Produktion. Karl Marx beschrieb dies in dem Text »Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses« wie folgt: »Da mit der Entwicklung der reellen Subsumtion (der tatsächlichen Unterordnung; W.W.) der Arbeit unter das Kapital (...) mehr und mehr ein sozial kombiniertes Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtarbeitsprozesses wird, (...) so werden mehr und mehr Funktionen von Arbeitsvermögen unter den unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter (...) Arbeiter einrangiert. Betrachtet man den Gesamtarbeiter, aus dem das Atelier (die Fabrik usw.; W.W.) besteht, so verwirklicht sich (...) seine kombinierte Tätigkeit unmittelbar in seinem Gesamtprodukt, (...) wobei es gleichgültig ist, ob die Funktion des einzelnen Arbeiters, der nur ein Glied des Gesamtarbeiters ist, ferner oder näher der unmittelbaren Handarbeit steht.«<sup>6</sup>

Diese Veränderungen bewirkten erstens, daß die vorhandenen Bildungseinrichtungen förmlich aus den Nähten platzten (übervolle Hörsäle usw.) und ihre hierarchischen Strukturen auch aus Sicht der Herrschenden den neuen Anforderungen nicht (mehr) entsprachen. Zweitens wurde für die Studierenden deutlich, daß sie in ihrer Masse nicht Teil einer privilegierten Elite sein würden. Was drittens die Organisierung von Studierenden auch für rein studentische Interessen begünstigte.

### **Entkolonialisierung**

Gemeinhin wird ohne größeres Nachdenken zur Kenntnis genommen, daß die 1968er Revolte in allen Ländern durch das Bild von Che Guevara geprägt wurde. Tatsächlich gab es dafür einen objektiven Grund.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte ein umfassender Entkolonialisierungsprozeß stattgefunden. Allein zwischen 1956 und 1970 schüttelten 51 Länder das koloniale Joch ab, in vielen Fällen als Resultat von Kämpfen der Befreiungsbewegungen. Das führte im Weltmaßstab zu einem Erstarren des subjektiven Faktors und zu der allgemeinen Erkenntnis der Menschen, daß der Akt gesellschaftlicher Emanzipation in der Regel Ergebnis gesellschaftlicher Bewegungen ist. Die zitierte Verallgemeinerung von Eric Hobsbawm findet in der Person Che Guevara ihre Personifizierung und in dem Che zugeschriebenen Satz »Seien wir realistisch. Versuchen wir das Unmögliche!« seine Konkretisierung.

Der antikoloniale Prozeß stellte weltweit die rassistische Theorie einer weißen Herrenrasse in Frage. In den USA trug dies erheblich zum Erstarren der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der radikalen Black Panther-Gruppe bei (die führenden Black Panther-Vertreter und der Kopf der Bürgerrechtsbewegung, Martin Luther King, wurden 1968 ermordet). Die kubanische Revolution 1959 wiederum stellte ein Exempel dafür dar, wie ein paar hundert Meilen von der US-Küste entfernt in einem relativ kleinen Inselstaat ein erfolgreicher revolutionärer Prozeß durchgeführt und verteidigt werden konnte. In den Jahren 1966 und 1967 kam es in Kuba zu breit angelegten Treffen von Befreiungsbewegungen (Tricontinentale und Lateinamerikanische Solidaritätsorganisation, OLAS), die den antikolonialen Kampf beflügelten.<sup>7</sup>

All dies hatte Rückwirkungen auf die Revolte in den hochentwickeltesten kapitalistischen Ländern. Die jungen Menschen, die sich an diesen Revolten beteiligten, »entdeckten« die historischen und aktuellen Verbrechen der jeweils herrschenden Eliten. Dadurch konkretisierten sie ihre Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Im Mai und im November 1967 tagte in Stockholm und im dänischen Roskilde das Russell-Tribunal zu Vietnam, auch als »Vietnam War Crimes Tribunal« bezeichnet. Es spielte eine große Rolle für die internationale Solidarität mit der vietnamesischen Befreiungsfront FNL. Die Zusammensetzung des Tribunals war Ausdruck der damals bereits breiten Revolte - u. a. mit Vladimir Dedijer aus Jugoslawien, Wolfgang Abendroth aus der BRD, Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre aus Frankreich, Stokely Carmichael aus den USA, Peter Weiss aus Schweden bzw. Westdeutschland. Das Tribunal sprach die US-Regierung des Völkermords in Vietnam schuldig. Das war eine Provokation. Bisher war das Verdikt Völkermord in erster Linie auf die Naziverbrechen angewandt worden. Das Vietnam-Tribunal nahm bewußt Bezug auf die im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß entwickelten Kriterien für Völkermord. Doch man ging noch einen Schritt weiter und machte deutlich, daß es hier nicht um einen Antiamerikanismus ging. Man entdeckte nun auch Vergleichbares in der Geschichte der eigenen herrschenden Eliten. In seiner Abschlußrede vor dem

Tribunal stellte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre einen Zusammenhang zwischen der antikolonialen Bewegung und der Kolonialgeschichte »seines« Landes her: »Der Nürnberger Gerichtshof war eben zusammengetreten, als die Franzosen, um ein Exempel zu statuieren, in Setif siebzigtausend Algerier umbringen ließen. (...) Niemand dachte damals daran, deswegen die französische Regierung so zu verurteilen, wie man die Nazis gerade verurteilen wollte.«<sup>8</sup>

Krise des US-Imperiums

Allgegenwärtig in der 1968er Bewegung war die Kritik am US-Krieg in Vietnam. Dafür gab es gute Gründe. In dieser Auseinandersetzung bündelten sich mehrere Themen: Vietnam stellte aktuell den entscheidenden antikolonialen Kampf dar. Die Befreiungsbewegung FNL wies eine fortschrittliche Programmatik auf; sie wurde offenkundig von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Die Kriegsführung der US-Militärs war äußerst brutal, wobei diese Brutalität erstmals in der jüngeren Geschichte weitgehend live durch teilweise mutige, unabhängige Reporter auf die TV-Bildschirme in die Wohnzimmer geliefert wurde. Just zu Ostern 1968 – dem Neujahrsfeiertag Tet – begann die FNL die Tet-Offensive; Tausende ihrer Angehörigen tauchten völlig überraschend mitten in den Machtzentren der US-Militärs, so auch in Saigon, auf, und trotzten tagelang der US-Kriegsmaschinerie.

Entscheidend war allerdings ein besonderer Aspekt: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stiegen die USA zur dominierenden Weltmacht auf. Zwar gab es auf weltweiter Ebene ein militärisches Patt zwischen den USA und der Sowjetunion. Doch in Mittel- und Südamerika, im Nahen und Mittleren Osten und in großen Teilen Asiens trat die US-Armee mit Interventionen und Kriegen als Stütze der nachkolonialen, kapitalistischen Weltmarktordnung auf. Bis zum Vietnamkrieg waren die Vereinigten Staaten im Feld unbesiegt. In Vietnam wurde diese Pax Americana erstmals militärisch in Frage gestellt. Dabei setzten die USA ihr gesamtes Waffenpotential mit Ausnahme der Atombombe ein. Auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs befanden sich 500 000 Mann der US-Armee vor Ort im Einsatz. Nordvietnam und seine Zivilbevölkerung wurden mit Flächenbombardements überzogen. Es gab exemplarische Kriegsverbrechen wie die Ermordung mehrerer hundert Dorfbewohner in My Lai am 16. März 1968. Die US-Armee setzte in großem Maßstab Napalm gegen die Zivilbevölkerung und ein sogenanntes Entlaubungsmittel namens Agent Orange ein, in dessen Gefolge Tausende vietnamesische Mütter Geburten mit mißgebildeten Babies hatten. In den USA war die verheerende Wirkung von Agent Orange auf Menschen, Embryos und Babies bekannt. An der Produktion des Giftes war auch das bundesdeutsche Chemieunternehmen Boehringer beteiligt, in dessen Geschäftsführung von 1962 bis 1966 der spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker saß.<sup>9</sup>

Doch der Einsatz der gewaltigen US-Kriegsmaschinerie erwies sich als vergeblich. In einem dialektischen Zusammenspiel zwischen der Verankerung der FNL in der vietnamesischen Bevölkerung, den politischen und militärischen Fähigkeiten ihrer Führung unter Ho Chi Minh und General Vo Nguyen Giap wie der internationalen Solidaritätsbewegung mußte die US-Regierung im Schlüsseljahr 1968 in Friedensgespräche einwilligen. Diese begannen ironischerweise am 2. Mai in Paris – die revolutionäre Atmosphäre des Mai 1968 vor Ort verstärkte die demoralisierende Wirkung, die der Vorgang für die US-Regierung hatte.

Doch auch hier wird das Primat der Ökonomie deutlich: Anfang 1968 wird zum ersten Mal die Goldpreisbindung des Dollars (»Goldstandard«), die es seit Errichtung des Bretton Woods-Währungssystems 1944 gibt, erschüttert. Bisher garantierten die USA, daß die US-Notenbank für je 35 US-Dollar eine Unze Gold »bezahlen« würde. Die wachsenden Militärausgaben der USA, die inzwischen rund ein Zehntel des US-amerikanischen Bruttosozialprodukts beanspruchten, und die drohende militärische Niederlage der US-Armee in Vietnam führten zu einer weltweiten Flucht aus dem Dollar ins Gold. Die US-Regierung beschloß außerordentliche Maßnahmen, um die Goldpreisbindung des Dollars zu verteidigen. Zur Finanzierung des Kriegs wurde ein zehnprozentiger Aufschlag auf die Einkommenssteuer beschlossen. Doch die Krisentendenzen verschärften sich. Am 15. August 1971 kündigte US-Präsident Richard M. Nixon das Abkommen von Bretton Woods einseitig auf und erklärte das Ende der Goldpreisbindung des US-Dollars.

1 Daniel Cohn-Bendit, »Nostalgie und Realität«, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. Mai 2008

2 Interview mit Alain Krivine, »1968 ist aktuell, aber wir brauchen keinen Gedenkstein«, in: Sozialistische Zeitung/SoZ, Mai 2008

3 Im Mai 1969 konnte man in einem Text einer Belgrader Studentengruppe die folgenden geradezu prophetischen Sätze lesen: »Im Laufe des letzten Jahres (1968)

sind in allen Republiken (Jugoslawiens; W.W.) nationalistische Tendenzen zum Vorschein gekommen (...) Die Studenten unterstützen einstimmig all diejenigen Bemühungen, die zu einer Stärkung der Solidarität und der Zusammenarbeit der jugoslawischen Völker und Völkerschaften führen. Die Verantwortung für das Bestehen starker Tendenzen, die in letzter Konsequenz den Fortbestand Jugoslawiens als einer Gemeinschaft der Völker gefährden, tragen (...) all diejenigen bürokratischen Kräfte, die ihre Sonderinteressen mit den Interessen einzelner Nationen und Republiken identifizieren.« Zitiert in: Boris Kanzleiter, »1968 in der Sozialistischen Förderativen Republik«, in: Jens Kastner und David Mayer (Hg), Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien 2008, S. 102f.

4 Bei drei von ihnen orientiere ich mich an dem ausgezeichneten neuen Artikel von Marcel van der Linden, »1968 - Das Rätsel der Gleichzeitigkeit«, in: Kastner/Mayer (Hg), Weltwende 1968?, a. a. O., S. 23 ff.

5 Marcel van der Linden, a. a. O., S. 26

6 Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, MEGA2 II/4.1, S. 109

7 1974 kam es in Portugal zum Sturz des faschistischen Salazar-Caetano-Regimes. Träger der Revolte war eine Bewegung der Streitkräfte - MFA. Die jungen Offiziere dieser Gruppierung hatten ihre Erfahrungen mit dem Erstarken des anticolonialen Kampfes in den portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Angola und Moçambique gemacht. Ihr erstes Ziel war es, die mehr als 400jährige Kolonialzeit Portugals zu beenden und eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.

8 Bertrand Russell/Jean-Paul Sartre, Das Vietnam-Tribunal II oder Die Verurteilung Amerikas, Reinbek bei Hamburg 1969, S.224

9 Vgl. »Der Tod aus Ingelheim - Die Akte Boehringer«, in: Der Spiegel 31/1991

---

## Winfried Wolf

### Die Massen bewegen

#### Chiffre 68. Eine globale Revolte und ihre Bilanz (Teil 2 und Schluß)

**aus: ‚junge Welt‘, 26.06.2008, S. 10**

**vgl.: <http://www.jungewelt.de/2008/06-26/025.php>**

Die westdeutsche Revolte der Jahre 1967 bis 1969, auch »Außerparlamentarische Opposition (APO)« genannt, spielte bis zum Frühjahr 1968 für die weltweite Bewegung eine maßgebliche Rolle. Der »Internationale Vietnam-Kongreß«, der auf Einladung des deutschen SDS am 17. und 18. Februar 1968 in Westberlin stattfand, und die große internationale Demonstration in Solidarität mit der vietnamesischen Befreiungsfront FNL am 18. Februar boten erstmals wichtigen Gruppen der globalen Revolte und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten - u. a. aus Frankreich, Italien, Schweden, Großbritannien, dem Iran und Westdeutschland - eine gemeinsame Plattform. Die Schlußerklärung der Konferenz enthielt ein Sechs-Punkte-Aktionsprogramm, das die aktuellen Behauptungen, es sei um »Antiamerikanismus« oder um abstrakte Solidaritätsbekundungen gegangen, widerlegt. Die ersten zwei Punkte forderten auf zur Solidarität mit der FNL und zu »Aufklärungsaktionen unter den GIs mit dem Ziel, die Wehrkraft der US-Armee zu zersetzen«. Es gab damals Tausende GIs, die desertierten; Teil der Vietnam-Solidarität war es, diesen zur Flucht in ein Land, in dem sie nicht verfolgt wurden - etwa nach Schweden oder Kanada - zu verhelfen. Im dritten Punkt wurde eine »Kampagne ›Zerschlagt die NATO‹« mit »Aktionen und Demonstrationen« gegen deren Basen in Westeuropa angekündigt. Punkt vier forderte »Hafenarbeiterstreiks« dort, wo »Rüstungsgüter für die US-Aggression in Vietnam verschifft« werden. Punkt fünf kündigte die Einrichtung einer »Dokumentationszentrale gegen den Mißbrauch der Wissenschaft zu Zwecken der imperialistischen Kriegsführung« in Westberlin an. Der letzte Punkt forderte »in allen westeuropäischen Ländern eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über Konzerne, die als Produktionsstätten für Vernichtungswaffen am schmutzigen Krieg verdienen.«<sup>1</sup> Das Attentat auf Rudi Dutschke, den führenden Kopf der westdeutschen Revolte, am 11. April 1968 und der Ende 1968 einsetzende Fraktionierungsprozeß des SDS, aus dem vor allem an Mao Tse-Tung und Stalin orientierte »Aufbauparteien« - aber auch die Rote Armee Fraktion (RAF) - hervorgingen, setzten der kreativen Phase der westdeutschen Bewegung ein abruptes Ende.

Aufstieg und Fall der bundesdeutschen 1968er Bewegung verdienen eine nähere Betrachtung. Die Ereignisse in Westdeutschland reflektierten die im ersten Teil erwähnten vier Faktoren - Ökonomie, neuer »Gesamtarbeiter« (Marx), Entkolonisierung sowie Krieg in Vietnam und Krise des US-Imperiums -, die der globalen Revolte

zugrunde lagen. Gleichzeitig waren sie von spezifischen Aspekten, die mit der deutschen Geschichte und der globalstrategischen Stellung des deutschen Imperialismus zusammenhängen, geprägt.

### **Rezession 1966/67 und Unikrise**

Gerade Westdeutschland hatte 1948 bis 1966 eine »extensive Phase« der Wirtschaftsentwicklung, auch als »Wirtschaftswunder« verklärt, erlebt. Bis Anfang der 1960er Jahre kam es in drei Wirtschaftszyklen zu einer Ausweitung der Produktion mit relativ niedriger Technologie und zu einem, vor allem durch Zuwanderung aus der DDR, aus Mittel- und Osteuropa und aus dem Süden (»Gastarbeiter«) stark erweiterten Heer ausgebeuteter Lohnabhängiger. Die billige D-Mark mit ihrem festen Wechselkurs (4 DM = 1 US-Dollar) ermöglichte einen enormen Aufschwung der Exporte. Als Anfang der 1960er Jahre die offizielle Arbeitslosenzahl auf rund 200000 abgesunken war, glaubte eine Mehrheit an einen Kapitalismus ohne Krisen und mit Vollbeschäftigung. Doch bereits der vierte Zyklus (1962 bis 1967) mündete in eine Rezession; die Arbeitslosenzahl schnellte kurzzeitig auf 700000 hoch. Offenkundig funktionierte das Modell »soziale Marktwirtschaft« nicht mehr. Eine Modernisierung der Produktion, ein Übergang in eine »intensive Phase« und die Suche nach neuen Absatzmärkten standen auf der Tagesordnung.

Die erneut demonstrierte Krisenhaftigkeit spielte zwar für das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein eine wichtige Rolle. Doch im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern war in der BRD die Boomperiode 1948 bis 1965 weit ausgeprägter; Arbeitskämpfe spielten eine deutlich geringere Rolle als z. B. in Italien und Frankreich. Anders als in diesen Ländern kam es daher erst nach der Revolte, im Herbst 1969, zu einer Bewegung im Proletariat in Form der sogenannten wilden Streiks.

Der entscheidende Teil der APO war sich des fehlenden Bindeglieds zwischen Revolte und Proletariat durchaus bewußt. In einem Interview mit dem Spiegel wurde Rudi Dutschke im Sommer 1967 gefragt, ob der SDS »Streiks organisieren« wolle; Dutschkes Antwort: »Das ist eine Sache, die nicht von außen hineingetragen werden kann. Wir können nicht zu den Arbeitern gehen und sagen, nun macht mal einen Streik. Die Möglichkeit eines Streiks bietet sich allein auf der Grundlage der bestehenden Widersprüchlichkeit in der Ökonomie. (...) Wir wollen durch die Zusammenarbeit mit mittleren und unteren Gewerkschaftsvertretern (...) die Interessensidentität von Arbeitern und Studenten bewußt machen.«<sup>2</sup>

Während des langen wirtschaftlichen Booms kam es zu einer ersten, deutlichen Steigerung der Studierendenzahl. 1950 gab es in Westdeutschland gerade einmal 100 000 Studentinnen und Studenten; 1970 waren es 350000. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Grund-, Haupt- und Gesamtschulen nur um rund 20 Prozent (auf 6,3 Millionen) erhöht. Allerdings verdeutlicht die auf die Studentenrevolte folgende Entwicklung, wie groß der Nachholbedarf zum qualitativen Ausbau der Universitäten und Hochschulen war: 1982 gab es 1,3 Millionen Studierende – knapp viermal mehr als 1970.

Ganz offenkundig waren die alten Strukturen der Ordinarienuniversität bereits 1967/68 dem Ansturm und den Ansprüchen neuer Studierender nicht mehr gewachsen. Entsprechend waren Forderungen nach Ausbau und Demokratisierung der Hochschulen weit verbreitet. Doch der Anspruch ging deutlich weiter. Projektiert war speziell für Westberlin eine »Gegenuniversität«; Rudi Dutschke im Sommer 1967 im bereits zitierten Spiegel-Interview: »Wir versuchen, im nächsten Semester Vorlesungskurse zu initiieren von Doktoranden (...), von Assistenten und Professoren. Inhalt des Programms sind Referate und Diskussionen über Themen, die bisher innerhalb der Universität nicht diskutiert wurden, (...) um unsere antiautoritären Studenten, also jenes Lager von 4000 bis 5000, aufklären zu können über die bestehenden Herrschaftsmechanismen und über die Emanzipationsbewegung.«

### **Antikoloniale Bewegungen**

Deutschland war seit dem Ende des Ersten Weltkriegs keine Kolonialmacht mehr. Allerdings stand die Solidarität mit den antikolonialen Bewegungen auch in Westdeutschland am Anfang der Revolte. Rudi Dutschke sah den Auftakt für eine westdeutsche Revolte in Protestaktionen des SDS gegen einen Staatsbesuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moïse Tschombé im Jahr 1964. Tschombé war an der Ermordung des führenden Kopfs im Kampf gegen die Kolonialmacht Belgien, Patrice Lumumba, beteiligt. 1965 gab es erste, vom SDS angeführte Vietnam-Demonstrationen;

1966 fand in Westberlin ein erster Vietnam-Kongreß statt.

Entscheidend für die breitere Politisierung wurde dann allerdings der Staatsbesuch des Schahs von Persien im Juni 1967. Das postkoloniale Folterregime war wirtschaftlich und hinsichtlich des Gedankenguts eng mit dem autoritären westdeutschen Establishment verbunden. Als der Schah am 2. Juni 1967 Westberlin besuchte, war der Tonfall der Berichterstattung geradezu unterwürfig. Berliner Morgenpost: »Jedesmal, wenn ein Fuß den Teppich berührte, mußte der Boy den gestörten Samt mit dem Schrubber wiederaufrichten. Dann - 11.45 h - die willkommenen Füße des Schahs und der schönen Farah beehren das neue Stück.« Der SDS organisierte eine breite Informationspolitik über das Regime. Tausende Studierende protestierten an den Orten, an denen der Schah auftrat. Am Abend des 2. Juni 1967 wurde bei einer Protestaktion in der Nähe der Westberliner Oper der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Beim Abschied sagte der Schah dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz (1966-1967): »Lassen Sie sich davon nicht beeindrucken, das geschieht in Iran jeden Tag. Sie müssen viel mehr erschießen, dann haben sie hier Ruhe.«<sup>3</sup>

Der letztgenannte (vierte) gemeinsame Nenner der globalen Revolte, die Erschütterung der USA als führender imperialistischer Macht durch den Vietnam-Krieg, hatte für die westdeutsche Bewegung besondere Bedeutung. Im Kalten Krieg waren die BRD Frontstaat und Westberlin Frontstadt. Die Bonner Regierung und der Westberliner Senat folgten den US-Regierungen in Vasallentreue. In dieser Frage gab es auch eine Allparteienallianz. Selbst die Gewerkschaften unterstützten uneingeschränkt die US-Politik im Kalten Krieg; in der ersten Hälfte der 1960er Jahre organisierte der Westberliner DGB am 1. Mai antikommunistische Massenkundgebungen vor der Mauer. Die Springer-Presse agierte mit Hetzkampagnen. Nach dem Mord an Ohnesorg schrieb Bild: »Gestern haben in Berlin Krawallmacher zugeschlagen, die sich für Demonstranten halten. Ihnen genügte der Krach nicht mehr. Sie müssen Blut sehen.«<sup>4</sup> Die Bonner Regierung unterstützte die USA im Krieg finanziell und materiell. Als 1965 bei einem frühen SDS-Protest gegen den Vietnam-Krieg fünf Eier auf das Amerikahaus in Westberlin geworfen wurden, entschuldigte sich der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt (1957-1966) »beim amerikanischen Volk«. Der auf Albertz folgende Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (1967-1977) wußte: »In Vietnam wird Berlins Freiheit verteidigt.« Elmar Altvater verweist auf die Parallele zu Peter Strucks 40 Jahre später vorgetragener Feststellung, wonach »Deutschlands Freiheit am Hindukusch verteidigt« werde.<sup>5</sup> Dabei hatte Schütz und hat Struck in gewissem Sinne Recht: Der Krieg in Vietnam war in den 1960er Jahren entscheidend für die Aufrechterhaltung der US-imperialistischen Weltherrschaft. Die Kriege in Afghanistan und im Irak sind entscheidend für die längstmögliche Verteidigung eines auf Öl basierenden Kapitalismus.

### **Nazigeschichte und Revolte**

Bei all den unbestreitbaren Parallelen mit der globalen Revolte gab es im Fall der westdeutschen einige Besonderheiten, die für deren Verständnis und teilweise auch für die spätere Entwicklung von Bedeutung sind. Da ist als erstes die deutsche Nazivergangenheit zu nennen. Der Historiker Götz Aly behauptet in seiner jüngsten Buchveröffentlichung (»Unser Kampf. 1968 - ein irritierter Blick zurück, 2008) unter anderem, der SDS und die APO hätten sich mit dieser Vergangenheit nicht auseinandergesetzt. Das Gegenteil trifft zu. Die Kontinuitäten zwischen der westdeutschen Elite und der Nazierrschaft wurden seitens der APO vielfach thematisiert - so am Beispiel des deutschen Bundespräsidenten Heinrich Lübke (1959-1969), der im deutschen Faschismus als Architekt Pläne für den Bau von KZ unterzeichnet hatte, so am Beispiel des deutschen Bundeskanzlers Kurt-Georg Kiesinger (1966-1969), der seit 1933 NSDAP-Mitglied gewesen war und seine erste Karriere im Reichsaußenministerium unter Ribbentrop gemacht hatte. Selbst die klassische Parole der studentischen Protestierer gegen die Ordinarien-Universität: »Unter den Talaren - der Muff von Tausend Jahren« zielte auf das Naziregime, das sich als »Tausendjähriges Reich« apostrophiert hatte. Der Militärputsch in Griechenland am 21. April 1967 mit der Errichtung eines faschistischen Regimes wurde von der APO und vom SDS mehrfach thematisiert und in einen Zusammenhang mit der deutschen NS-Geschichte gebracht. Auf dem Berliner Vietnam-Kongreß sprach auch ein Vertreter der Lambrakis-Jugend als Ausdruck der Solidarität des Kongresses mit dem antifaschistischen Widerstand in Griechenland.

Der Schriftsteller Erich Fried ging in seiner Rede auf diesem Kongreß explizit auf die Folgen der Nazigeschichte für die aktuelle Bewegung ein: »Vergessen wir nicht, hierzulande zehren die Kräfte der Unterdrückung immer noch von dem reichen Kapital,

das die Hitlerzeit ihnen hinterlassen hat (...). Nur die Abwürgung der Tradition der Arbeiterschaft in den Hitlerjahren machte es möglich, daß in der Bundesrepublik - sehr zum Unterschied etwa von England oder Skandinavien - die außerparlamentarische Opposition im Geruch des Illegalen, des Hochverräterischen steht. Auch die KP (KPD; W. W.) hätte ohne diese Tradition aus der Hitlerzeit und ohne den Versuch, nach Hitler im Antikommunismus ›kulturelle Kontinuität‹ und Anschluß an die führenden westlichen Imperialisten zu finden, nicht verboten werden können.«6 Ergänzend sei gesagt, daß einerseits die DKP als Ergebnis der APO im September 1968 gegründet werden konnte, daß jedoch andererseits das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum KPD-Verbot aus dem Jahr 1956 weiter besteht und unter spezifischen Bedingungen erneut in ein Verbot sozialistischer Organisation münden kann.

### **Antimilitarismus**

Eine zweite Einmaligkeit der westdeutschen Entwicklung ist die lange Tradition einer antimilitaristischen Bewegung. Trotz - und teilweise wegen - der Integration der westdeutschen Arbeiterklasse Anfang der 1950er Jahre und der Reduktion der von Lohnabhängigen getragenen Klassenkämpfe auf ein rein ökonomisches Niveau (Kampf für Lohnfortzahlung; Tarifaueinandersetzungen usw.) gab es seit Anfang der 1950er Jahre eine lange Kette pazifistischer Kampagnen. Sie richteten sich gegen den Aufbau der neuen Bundeswehr, gegen die Mitte der 1950er Jahre geplante atomare Bewaffnung (»Kampf dem Atomtod«), gegen den Beitritt der BRD in die NATO (»Paulskirchen-Bewegung«) und ab Anfang der 1960er Jahre allgemein gegen die Gefahr eines Atomkriegs (Ostermärsche). Diese Bewegungen - deren Trägerinnen und Träger eher ältere Linke, die sich treu geblieben sind, waren - verschmolzen 1968 teilweise mit der jugendlichen außerparlamentarischen Opposition. Die Brücke bildeten dabei die gemeinsamen, auch von der IG Metall mitgetragenen Aktionen gegen die Notstandsgesetze (siehe jW-Thema v. 30.5. und 9.6.2008). Hans-Jürgen Urban vom IG-Metall-Vorstand verwies in einem aktuellen Rückblick auf diese Besonderheit: »Am 11. Mai 1968 (...) kam es in Bonn zu einem Sternmarsch, an dem sich 60000 Demonstrierende beteiligten. Auch wenn die Verabschiedung der Kernbestandteile der Notstandsgesetze (...) nicht verhindert werden konnte, legte es einige Grundlagen für die weitere Entwicklung in den 1970er Jahren.«7 Es läßt sich auch die These aufstellen, daß die starke westdeutsche Friedensbewegung in den 1980er Jahren und die aktuellen Bewegungen gegen den Irak-Krieg und den Afghanistan-Krieg von dieser Tradition profitieren.

### **SPD seit 1959 regierungsfähig**

Schließlich gab es in Westdeutschland eine besondere Entwicklung der Sozialdemokratie. Als Resultat der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung hatte sich die SPD bereits 1959 mit dem Godesberger Programm und mit ihrem Ja zur NATO uneingeschränkt in die bürgerliche Gesellschaft integriert. Indem sie dabei 1961 ihre damalige Studentenorganisation SDS abstieß, leistete sie unfreiwillig einen Beitrag zur späteren Revolte, deren Kern der SDS bildete. Vor allem aber wurde die SPD auf diesem Weg sehr früh regierungsfähig. Bereits Ende 1966 und als Reaktion auf die ersten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen wurde eine große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) als Kanzler und Willy Brandt (SPD) als Außenminister gebildet. Diese Regierung realisierte das aktuelle Programm der herrschenden Elite, indem sie mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit des Bundestags die Notstandsgesetze nebst Grundgesetzänderung und eine erste »Öffnung nach Osten« beschloß. Das erste diente der Repression nach innen, das zweite der Erschließung neuer Märkte zur Überwindung der Krise. Bei den Wahlen 1969 wurde, auch als Resultat der Revolte, die SPD deutlich gestärkt. Es kam erstmals zur Bildung einer sozialliberalen Koalition, in der die SPD mit Willy Brandt (und später Helmut Schmidt) den Kanzler stellte. Auch in dieser Konstellation erwies sich die SPD als uneingeschränkt staatstragend. So wurde 1972 noch unter Kanzler Brandt ein in Europa einmaliger »Radikalenerlaß« beschlossen, der Kommunisten und solchen, die dafür gehalten wurden, die Ausübung eines Berufs in staatlichen Diensten untersagte. Tausende Berufsverbote waren die Folge. Die Gewerkschaften faßten »Unvereinbarkeitsbeschlüsse«, auf deren Grundlage Klassenkämpferische (»kommunistische«) Gewerkschaftsmitglieder zu Hunderten aus DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen wurden.

Der Zerfall des SDS ab dem Jahr 1969 und das Aufgehen ehemaliger APO-Fraktionen in extrem hierarchischen Politsekten, in denen sich Zehntausende junge Menschen politisierten und bald darauf entpolitisierten, ließen die SPD als scheinbar

einzigste »realistische« Alternative zurück. Daß die Grünen dann in den 1980er Jahren ihre im internationalen Zusammenhang einmalige Bedeutung erlangen konnten, resultierte vor allem aus der Zersetzung der APO und der rechten Positionierung der SPD, was auf der linken Seite ein großes Vakuum zurückgelassen hatte.

In seinem Referat auf dem Berliner Vietnam-Kongreß verwies Rudi Dutschke auf die fatale Geschichte der deutschen Linken: »Der deutsche Imperialismus hat durch seine Niederlagen im Ersten und Zweiten Weltkrieg entscheidenden ökonomischen, politischen und ideologischen Boden verloren. Dem entsprach in widersprüchlicher Form der Zersetzungsprozeß der revolutionären Tendenzen der Arbeiterbewegung. In der falschen Alternative Kapitalismus (freie Welt) und »Stalinismus« (die die Sozialdemokraten in der BRD nicht als falsche erkannten) erfolgte die systematische und langanhaltende Integration der lohnabhängigen Massen in das System von Konzessionen, welches gerade den Spätkapitalismus auszeichnet. (...) Der revolutionäre deutsche Sozialismus verschwand historisch von der politischen Bühne, um erst nach ca. 20 Jahren in einzelnen Abteilungen der Studentenschaft, einzelnen Fraktionen von Lohnabhängigen (...) wieder geschichtliche Realität zu werden. Die marxistische Theorie individualisierte sich, verlor damit ihren praktisch-kritischen, ihren wirklich subversiven Kern.«<sup>8</sup>

### **Was bleibt?**

**Vier Lehren können aus der Erfahrung mit 1968 gezogen werden.**

Erstens: Eine globale antikapitalistische Revolte ist notwendiger denn je. Die globale Revolte von 1968 fand zu einem Zeitpunkt statt, als höchstens am Rande von »multinationalen Konzernen« und noch nicht von einer »Globalisierung« die Rede war. Die Arbeitslosigkeit spielte im Westen kaum eine Rolle. In Westdeutschland und in großen Teilen Westeuropas war von der Existenz einer »Wohlstandsgesellschaft« die Rede. Ganz offensichtlich gibt es heute für eine globale Revolte weit gewichtigere Gründe als vor vierzig Jahren. Die jüngere globalisierungskritische Bewegung und die Antikriegsbewegung greifen viele Themen auf, die Grundlage einer solchen neuen Revolte sein könnten.

Zweitens: Eine globale Revolte ist möglich. Natürlich weiß heute niemand, ob es zu einer neuen antikapitalistischen Bewegung kommt. Allerdings wußte man das auch nicht im Vorfeld der 1968er Revolte. Grundsätzlich haben revolutionäre Ereignisse - etwa die französische Revolution von 1789 oder die deutsche Revolution von 1848 - zwar ihre ökonomischen und sozialen Wurzeln. Sie sind jedoch nicht vorherbestimmbar. Die unter der Oberfläche erfolgende Zuspitzung innerer Widersprüche und die Entwicklung einer breiten antikapitalistischen Stimmung dürften heute ähnlich fortgeschritten und auf weltweiter Ebene entwickelt sein wie im Vorfeld von 1968.

Drittens: Der subjektive Faktor spielt eine erhebliche Rolle. Die marxistische Theorie von Basis und Überbau, wonach letzten Endes die ökonomische Basis für den Überbau von Politik (Recht, Ideologie usw.) entscheidend ist, wird oft in objektivistischer und fatalistischer Weise fehlinterpretiert. Die Geschichte aller Revolutionen und die 1968er Revolte lehren, daß dann, wenn die objektiven Verhältnisse für gesellschaftliche Umbrüche herangereift sind, der subjektive Faktor - Individuen, vor allem aber organisierte Gruppen, Initiativen und Parteien - eine entscheidende Rolle spielen. Der westdeutsche SDS hatte auf dem Höhepunkt 1968 knapp 2000 Mitglieder. Die französische JCR zählte im Mai 1968 gar nur knapp 1000 Mitglieder. Nicht anders verhielt es sich mit dem US-amerikanischen SDS (»Students for a Democratic Society«) und mit den Black Panthers. Dennoch war die gesellschaftliche Wirkung dieser Gruppierungen immens.<sup>9</sup>

Viertens: Die Notwendigkeit einer radikalen, die Massen begeisternden Alternative. In einer neuen emanzipatorischen Revolte wird man zwar - um eine breitgetretene Formulierung aufzugreifen - die »Leute dort abholen müssen, wo sie stehen«. Die aktuelle soziale Frage wird also im Zentrum stehen müssen. Doch die Erfahrung mit 1968 lehrt (und der aktuelle Zustand des Kapitalismus legt nahe), daß eine solche Revolte dann Massen bewegt, wenn sie eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus offensiv auf die Tagesordnung setzt. Eine Passage aus dem Spiegel-Interview mit Rudi Dutschke 1967 ist hierfür aufschlußreich. Dutschke entwickelte darin das Modell einer direkten Demokratie mit Räteherrschaft und Mehrparteiensystem. Er argumentierte dann, daß selbst in einer sozialistischen Gesellschaft sich »die Menschen dauernd ihrer selbst verunsichern (müssen), damit sie fähig werden, alle sich neu ergebenden Möglichkeiten - Reduktion der Arbeit, Entwicklung sinnlicher Phantasie, Abschaffung von Elend und Krieg - zu

verwirklichen«.

Darauf unterbricht ihn der Spiegel-Interviewer mit dem Einwand: »Was Sie da ausmalen - ist das nicht der biblische Garten Eden?« Darauf Dutschke: »Ja, der biblische Garten Eden ist die phantastische Erfüllung des uralten Traums der Menschheit. Aber noch nie in der Geschichte war die Möglichkeit der Realisierung so groß.«

1 Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus - Internationaler Vietnam-Kongreß Februar 1968 Westberlin, herausgegeben vom SDS Westberlin, Berlin 1968, S. 159 f.

2 »Wir fordern die Enteignung Axel Springers«, Interview mit Rudi Dutschke in: Der Spiegel, 29/1967

3 zit. in: Uwe Soukup, Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Berlin 2007, S.157f. Soukup schreibt zu diesem Ereignis zutreffend: »Sollte je an einer beliebigen Polizeiakademie die Übung auf dem Lehrplan stehen, den friedlichen Protest einiger Demonstranten zuerst in eine veritable Straßenschlacht und später dann in eine langjährige gewaltsame Auseinandersetzung umzuwandeln, müßte man den 2. Juni 1967 in Berlin als Anschauungsmaterial heranziehen.« Ebd., S. 8

4 zit. bei Soukup, a. a. O., S.157

5 Elmar Altvater, »1968 - Eine Verteidigung«, in: die linke.campus, Zeitung des Linke.SDS, Ausgabe Nr. 4/2008

6 Erich Fried, zit.n. Der Kampf des vietnamesischen Volkes (...) 1968, a.a.O., S. 96

7 Hans-Jürgen Urban, »Demokratie? Zur Not geht's ohne«, in: die linke.campus, a.a.O.

8 Der Kampf des vietnamesischen Volkes(... ), a. a. O., S.110f.

9 Inwieweit politische Fehler zum letztlichen Scheitern der Revolte beitrugen, kann hier nicht debattiert werden. Alain Krivine sagte auf dem Kongreß »40 Jahre 1968« am 3. Mai 2008 in Berlin sinngemäß, daß seine Kandidatur im Juni 1968 als Präsidentschaftskandidat der revolutionären Linken und gegen General de Gaulle zwar richtig, aber doch von einem falschen, abstrakten Propagandismus geprägt gewesen sei.